

II-8784 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 43481J

A N F R A G E

1989 -10- 12

der Abgeordneten Dkfm. Graenitz  
und Genossen

an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie  
betreffend Nichtausbezahlung einer von Ihnen mündlich zugesagten Förderung  
von Gutachten im Rahmen des HTV-Bürgerbeteiligungsverfahrens in Linz

Im Rahmen des Bürgerbeteiligungsverfahrens zur Begutachtung der Sonderabfalltestphasen bei der Hochtemperaturvergasungsanlage in Linz sind Kosten für externe Gutachter angefallen. Diese Gutachter und die an sie im Auftrag gegebenen Analysen wurden von den beteiligten Bürgern und Bürgerinnen ausgewählt und bestellt. Es ist ein entscheidender Punkt bei derartigen Bürgerbeteiligungsverfahren, daß Experten ihres Vertrauens von den Betroffenen selbst bestimmt werden können.

Im April 1988, anlässlich eines Gesprächs zwischen Ihnen, dem Linzer Bürgermeister Dr. Dobusch, dem Linzer Umweltstadtrat Ackerl und von Frau Abg. Dkfm. Ilona Graenitz wurden vor Beginn des Bürgerbeteiligungsverfahrens von Ihnen konkrete Zusagen zur Übernahme der Kosten für die von den Bürgern auszuwählenden externen Gutachter gemacht.

Zwischenzeitlich sind die Gutachten fertiggestellt und Unterlagen dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zugegangen. Nun wurde der Stadt Linz, welche die Vorfinanzierung vorgenommen hat, mitgeteilt, daß die Voraussetzungen für die Förderung nicht gegeben wären, da es sich bei den Gutachtern um keine Zivilingenieure gehandelt hätte.

Da darüberhinaus das Bürgerbeteiligungsverfahren bei der Linzer HTV-Anlage bereits anderen Bürgerbeteiligungsverfahren als Vorbild dient und es unzumutbar wäre, daß die Kosten für die Beteiligten von diesen allein aufgebracht werden müssen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie nachstehende

- 2 -

**A n f r a g e:**

1. Stehen Sie zu Ihrer Zusage die Gutachter, die - wie mit Ihnen abgesprochen - von den Bürgern nominiert wurden, anzuerkennen und die Zuerkennung der Förderung veranlassen?
2. Beabsichtigen Sie eigene Richtlinien für die Kosten von Gutachten bei Bürgerbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren zu erstellen?
3. Wenn ja, beabsichtigen Sie alle Experten im Rahmen einer UVP als Gutachter gelten zu lassen oder bestimmte Gruppen (zB. Zivilingenieure) vorzuschreiben?